

# «Der Lohn könnte auch wieder etwas sinken»

FDP-Präsident Philipp Müller will die Chancen von über 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dass ältere Arbeitnehmer weniger verdienen und mehr in die Pensionskasse einzahlen, ist für ihn kein Tabu

**NZZ am Sonntag:** Die letzten Präsidenten des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse waren Freisinnige. Soll der neue auch der FDP angehören?

**Philipp Müller:** Der neue Präsident muss vor allem einen wirtschaftlichen Leistungsausweis mitbringen, er muss über ein politisches Sensorium verfügen und die Anliegen der Unternehmen gut vertreten können, auch gegenüber den Medien.

**Worauf wir abzielen:** Würden Sie sich überhaupt freuen, wenn der Neue Freisinniger wäre? Man hatte in letzter Zeit eher den Eindruck, Sie wollten die Partei gegenüber der Wirtschaft abgrenzen.

Wenn die drei Bedingungen erfüllt sind, dann darf es sehr wohl ein Freisinniger sein. Ich habe auch überhaupt nicht das Ziel, unsere Partei von der Wirtschaft wegzuführen. Die Wirtschaft, wie sie Economiesuisse repräsentiert, das sind nicht einfach ein paar Exoten, sondern wir alle. Jeder, der am Morgen aufsteht, um zu arbeiten, gehört dazu. Jeder hat auch ein Interesse daran, dass die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen vorfindet. Es wäre absurd, wenn man sich da abgrenzen wollte.

**Kommt es zu Exzessen, dann macht man aber oft Ihre Partei mitverantwortlich dafür.**

Das grenzt an Sippenhaftung. Die FDP hat sich von den Boni-Exzessen gewisser Exponenten in der Wirtschaft immer klar distanziert. Genau so klar wie von jenen Bankenexponenten, die das Recht gebrochen haben. Das heisst aber nicht, dass wir nicht mehr die Interessen der Wirtschaft vertreten. Wir sind eine Wirtschaftspartei, aber nicht nur. Wir sind auch eine Volkspartei und bearbeiten alle Themen.

**Derzeit wird heftig darüber diskutiert, dass die Unternehmen Arbeitnehmer über 50 Jahre nur sehr zurückhaltend anstellen. Die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe steigt. Kein Thema für die Wirtschaftspartei FDP?**

Doch. Das ist in der Tat ein besorgniserregender Trend, und zwar unter verschiedenen Aspekten. Erstens ist es volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn diese Personen in die Arbeitslosigkeit gedrückt und durch jüngere Arbeitnehmer aus dem Ausland ersetzt werden. Zweitens ist das auch politisch gefährlich. Da bräut sich eine ungute Stimmung zusammen, die sich gegen

## Philipp Müller

Der 60-jährige Aargauer ist seit April 2012 Präsident der FDP Schweiz. Müller gehört seit 10 Jahren dem Nationalrat an, in dem er sich vor allem in der Asyl- und der Wirtschaftspolitik einen Namen gemacht hat. Von 1997 bis 2003 sass er im Aargauer Grossen Rat. Sein Ziel als Parteipräsident ist es, die FDP als bodenständige Volkspartei zu positionieren, «auf die man stolz sein kann». Der Gipser/Stuckateur stieg nach der Lehre in das elterliche Gipsergeschäft ein, das er in ein Generalbauunternehmen umbaute und bis heute führt. Müller ist geschieden, Vater von drei Töchtern und wohnt in Reinach (AG). (pho.)

die Personenfreizügigkeit und damit gegen die Bilateralen wenden könnte.

**Fakt ist, dass jüngere Arbeitnehmer billiger sind als ältere. Warum soll sich ein Unternehmen da für die teurere Variante entscheiden?**

Zum Beispiel weil es von deren Erfahrung profitieren will. Viele Unternehmen tun das. Die anderen sägen letztlich am politischen Ast, auf dem auch sie sitzen.

**Kann denn die Politik nichts tun?**

Doch. Bundesrat Alain Berset hat ja die Reform der Altersvorsorge lanciert. Sein Paket bringt in der beruflichen Vorsorge zwar Anpassungen, aber keinen wirklichen Durchbruch. Das müssen wir verbessern.

**Zum Beispiel wie?**

Was die Gesamtkosten älterer Arbeitnehmer verteuert, sind unter anderem die mit dem Alter ansteigenden BVG-Beitragssätze. Berset's Plan sieht hier bei den über 55-Jährigen zwar eine kleine Reduktion um 0,5 Lohnprozente vor. Dafür wird an der wichtigen Schwelle zwischen 44 und 45 Jahren im Berset-Plan die Arbeit noch teurer als bisher. Die Chancen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

**«Wenn man auf die Pensionierung zugeht, braucht man weniger Geld als in der Phase der Familiengründung.»**



nehmer auf dem Arbeitsmarkt werden insgesamt damit nicht verbessert. Wenn wir aber schon das Rentenalter anheben wollen, müssen wir auch dafür besorgt sein, dass ältere Arbeitnehmer wieder eine bessere Ausgangslage haben.

**Was schlagen Sie vor?**

Warum prüfen wir nicht einen einheitlichen Beitragssatz über die gesamte Zeit der Erwerbstätigkeit? Es will mir partout nicht einleuchten, weshalb wir Personen, die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schon Mühe haben, auch noch künstlich verteuern. Zudem darf man sich auch fragen, ob man nicht schon vor 25 Jahren in die Pensionskasse einzahlen sollte. Warum soll eine Person, die nach der Lehre voll arbeitet, nicht schon beispielsweise ab 20 Jahren einzahlen? Es wäre doch auch in deren Interesse, da sie so länger von den Zinsen profitieren könnte. Auch das muss man durchrechnen. Eine weitere Variante wäre die ungleiche Verteilung der Beitragssätze, um auch hier die Arbeitgeber zusätzlich zu entlasten. Viele ältere Arbeitnehmer würden das in Kauf nehmen, wenn die Alternative Arbeitslosigkeit bedeutet.

**Die Lohnnebenkosten sind doch nur das kostenmässige Sahnehäubchen. Fakt ist, dass ältere Arbeitnehmer auch schon einen höheren Grundlohn haben.**

Da haben Sie recht, und ich meine, dass es auch hier keine Tabus geben darf. Gesamtarbeitsverträge müssen ja nicht zwingend mit zunehmendem Alter eine Lohnsteigerung enthalten. Wenn man auf die Pensionierung zu-

geht, braucht man in der Regel weniger Geld als in der Phase der Familiengründung. Folglich könnte der Lohn auch wieder etwas sinken. All das setzt einen Kulturwandel voraus – bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern.

**Die Gewerkschaften werden Lohnkürzungen bei älteren Arbeitnehmern niemals akzeptieren.**

Warum nicht? Auch ihnen muss es doch lieber sein, wenn ältere Arbeitnehmer zu einem geringeren Lohn einen Job finden, statt dass sie in die Arbeitslosigkeit fallen. Zumindest lohnt es sich, über solche Modelle nachzudenken.

**Wie denn?**

Wir werden in den Kantonen abklären, welche Massnahmen dort notwendig sind. Und die werden wir dann auf politischem Weg einfördern. Solche Probleme löst man eben nicht mit einer abstrakten Verfassungsnorm und Zentralisierung auf Bundesebene, sondern mit konkreter politischer Arbeit in den Kantonen und Gemeinden. Da ist die FDP stark, und da werden wir unseren Job machen.

**Das sagen Sie jetzt und möglicherweise noch bis zu den Wahlen. Die Frage aber ist, ob es auch nachher noch gilt.**

Schauen Sie: Ich habe selber drei Töchter, und die fragen mich doch auch, was meine Partei tut, damit sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Ich bin also gewissermassen unter Beobachtung. Nicht nur deshalb kann ich Ihnen versichern, dass wir das Feld nicht den Linken überlassen, sondern praktikable liberale Ansätze vorlegen werden. In dieser Frage geht es immerhin auch um die Umsetzung von Beschlüssen unserer Delegierten. Und damit um unsere Glaubwürdigkeit.

Interview: Pascal Hollenstein